

Was auf die Kommunen zukommt

Die Babyboomer gehen in Rente

Die Babyboomer gehen auf die Rente zu. Zwischen 2018 und 2031 wird mit ihnen mehr als ein Drittel der derzeit Erwerbstätigen aus dem Berufsleben ausscheiden. Das hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme – und auf unsere Städte und Gemeinden. Trotz großer Unterschiede werden sie alle eine gewaltige Alterung ihrer Bevölkerung erfahren.

> Karin Haist

Sie waren immer die Generation der Vielen – von der Grundschule bis in den Beruf erlebten die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre viel Andrang und große Konkurrenz. Dennoch waren die so genannten Babyboomer auch privilegiert: Sie erlebten eine Zeit gesellschaftlicher Aufbrüche und Modernisierung, profitierten von Bildungsreformen und von Phasen wirtschaftlichen Aufschwungs. Heute sind die geburtenstarken Jahrgänge in der Mehrzahl gut qualifiziert, sozial aufgestiegen und gesellschaftlich aktiv. Ihre Lebenserwartung ist hoch.

Wer sind die Babyboomer und was kommt auf die Kommunen zu, wenn sie in Rente gehen? Damit befassten sich das 9. Demografie-Symposium der Hamburger Körber-Stiftung im November 2018 und das dafür vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung erarbeitete Thesenpapier. Hier eine kommentierte Zusammenfassung der Thesen und Empfehlungen.

Verrentungen gefährden den Wohlstand in der Region

Mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge werden gut qualifizierte MitarbeiterInnen fehlen, besonders bei den kleinen und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum. Dort ist es ohnehin nicht leicht, junge Fachkräfte zu halten oder gar anzulocken. Auch wird es schwerer, Führungskräfte zu finden – zum Beispiel bei Betriebsübergaben im Handwerk. Und schließlich geht mit den Babyboomern auch jede Menge Erfah-

rungswissen aus den Betrieben. Das Berlin-Institut empfiehlt für den Generationswechsel deshalb flexible Übergangszeiten in die Rente oder Job- und Ausbildungsmessen für den Nachwuchs aus der Region. Die Wirtschaftsinitiative im Kreis Höxter in Westfalen beispielsweise setzt auf Ideen für ältere Belegschaften, die gerade für kleine und mittelständische Unternehmen niedrigschwellig umsetzbar sind: spezielle Teilzeitmodelle oder altersgemischte Teams.

Als Arbeitgeber attraktiv sein, damit die Jungen kommen und die Älteren möglichst lange arbeitsfähig bleiben, das müssen insbesondere kommunale Verwaltungen: Das Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst ist deutlich höher als in der Privatwirtschaft, entsprechend groß ist der Handlungsdruck. Eine demografiefeste Personalpolitik öffentlicher Arbeitgeber war schon bei früheren Körber-Demografie-Symposien Thema. Wichtigste Erkenntnis: Es geht nicht nur um die altersgerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes, sondern auch um die Motivation und Zeitsouveränität älterer Beschäftigter.

Den Eigenheimen der Babyboomer droht der Leerstand

Die Babyboomer sind klassische „Suburbanisierer“. In den 1970er und 1980er Jahren erfüllten sich viele den Traum vom Eigenheim am Rand der großen Städte. Diese Vorstädte und ehemaligen Neubauviertel kommen nun in die Jahre, man altert gemeinsam. Kommunen müssen solche Einfamilienhausgebie-

te im Blick haben und drohendem Leerstand oder Preisverfall vorbeugen, im schlimmsten Fall sogar durch Rückbau. Wer das verhindern will, sollte rechtzeitig mit den EigentümerInnen ins Gespräch kommen sowie attraktive und altersgerechte Versorgungsangebote schaffen.

Viele werden ohne eine Familie altern

Die Kinder sind zur Ausbildung weggezogen, generationsübergreifendes Wohnen ist nicht mehr verbreitet und 31 Prozent der 50- bis 65-Jährigen sind ledig, geschieden oder verwitwet. Nur drei Gründe dafür, dass den Babyboomern – erst recht mit steigendem Alter – soziale Isolation droht. Kommunale Entscheider sollten deshalb unbedingt integrative generationsübergreifende Nachbarschaftsinitiativen fördern. Sinnvoll sind Mehrgenerationenwohnprojekte und Alten-WGs, aber auch Engagement-Netzwerke oder öffentlich zugängliche Begegnungsorte.

Pflege: langfristig eine große Herausforderung

Laut Statistischem Bundesamt (Zahlen von 2015) wird der Großteil der Pflegebedürftigen daheim versorgt. Selbst in der Altersgruppe zwischen 90 und 95 werden fast 60 Prozent zu Hause von Angehörigen oder Pflegediensten unterstützt. Auch die Babyboomer wollen möglichst lange eigenständig und nicht im Heim leben. Dafür können Kommunen heute schon vorsorgen: durch Barrierefreiheit in den Städten und auf dem Land mit multifunktionalen Läden, die



Baby-Boomer ante portas: Die nächste Rentner-Generation wird für mehr Wind in der Kommunalpolitik sorgen

Foto: Vinicius Amano / Unsplash

unter einem Dach Lebensmittel-Laden, Frisör, Mittagstisch, Bankautomat oder mobile Ämter vereinen.

Werden die Babyboomer selbst pflegebedürftig, ist das schon wegen ihrer Gesamtzahl eine große Herausforderung für kommunale oder freie Pflegedienste. Auch hier sind neue Wege zu erproben, etwa lokale Pflegenetzwerke. Dort arbeiten BürgerInnen, Gemeinde und Fachpflege zusammen, wie in Eichstetten im Südwesten Baden-Württembergs.

Frauen und MigrantInnen droht Altersarmut

Auch manchen aus der Generation des sozialen Aufstiegs droht Altersarmut. Das sind nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern vor allem Frauen, die Teilzeit gearbeitet haben. Die Quote geringer Rentenansprüche durch unterbrochene Arbeitsbiografien in der Folge der Wende liegt insbesondere in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hoch. Und was können da die Kommunen tun? Zumindest versuchen, die Folgen zu mindern:

durch bezahlbare Wohnungen, Teilhabe am Gemeindeleben, kostenfreie Freizeitangebote.

Babyboomer engagieren sich – aber zu ihren Bedingungen

Bürgerschaftliches Engagement, politische Partizipation sowie die Erfahrung und Kompetenz, die Gesellschaft mitzugestalten – das ist das große Potenzial, das die Babyboomer im Alter für ihre Kommunen bereithalten. Eine von der Körber-Stiftung 2018 in Auftrag gegebene Umfrage bei 50- bis 75-Jährigen ergab, dass die neuen Alten eine enorme Bereitschaft aufweisen, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. 78 Prozent sind sogar dafür offen, im Alter noch einmal etwas ganz Neues zu beginnen. Es lohnt sich also, Freiwilligenagenturen zu fördern oder NeurentnerInnen über Engagement-Möglichkeiten zu informieren, wie es die Stadt Köln mit ihren frischgebackenen RentnerInnen per Brief tut.

Was aber bedacht werden muss: Es ist nicht mehr das klassische Ehrenamt,

das viele Babyboomer reizt. Sie wollen sich zu ihren Bedingungen einbringen und nicht nur sozial wirken, sondern auch politisch mitentscheiden. Eine gute Nachricht für Stadtparlamente, Seniorenbeiräte oder lokale Bürgerinitiativen!

In ihrem Bereich Alter und Gesellschaft setzt die Körber-Stiftung einen Fokus auf die kommunale Gestaltung des demografischen Wandels. Sie lädt lokale Entscheider aus Verwaltung und Politik zum Körber Demografie-Symposium und bietet jedes Jahr 20 kommunalen Demografieverantwortlichen die Teilnahme am Stadtlabor kommunale Zukunftschancen.

Die 20-seitige Broschüre „Die Babyboomer gehen in Rente. Was das für die Kommunen bedeutet“ ist kostenfrei zu bestellen unter: demografie@koerber-stiftung.de. Dort ebenfalls erhältlich: Die Broschüre „Aufbruch: Gründergeist und soziale Verantwortung. Ergebnisse einer Forsa-Umfrage von 2018 im Auftrag der Körber-Stiftung zum gesellschaftlichen Potenzial der 50- bis 75-Jährigen“.

> Karin Haist leitet die Projekte Demografische Zukunftschancen bei der Körber-Stiftung in Hamburg.
www.koerber-stiftung.de